

Niederschrift

über die Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung
am Mittwoch, **28.11.2012**, 16:35 Uhr - 18:02 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Richard-Michael Halberstadt, Christian Moll, Dieter von den Berg, Peter Wolfgarten,

von der SPD-Fraktion

Beanka Ganser, Elke Haves, Thomas Kollmann, Dr. jur. Thorsten Kornblum, Doris Lammert,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Dr. Petra Dieckmann (bis 16:45 Uhr), Birgit Edler (bis 16:45 Uhr), Dr. Brigitte Hasenjürgen (bis 16:45 Uhr), Otto Reiners (bis 16:45 Uhr),

von der FDP-Fraktion

Dietmar Uhlenbrock,

von der Fraktion DIE LINKE.

Joachim Bruns (bis 16:45 Uhr),

Sachkundige Einwohner/innen

Yildirim Eroglu, Otmar Knüvener, Gabriele Markerth, Dr. Gabriele Peus-Bispinck, Martin Schöfer,

von der Verwaltung

Dagmar Arnkens-Homann, Ralf Bierstedt, Christian Conze, Hans-Joachim Fürstenberg, Felix Graf von Plettenberg, Burkhard Hülsmann, Heinz Lembeck, Dr. Roland Otto, Thomas Paal, Ines Pietsch, Gabriele Regenitter, Thomas Schulze auf'm Hofe, Dr. med. Norbert Schulze Kalthoff, Helga Sonntag, Niklas Tönnhisen, Andreas Woltering,

für die Schriftführung

Frank Treutler,

Es fehlten:

Gilbert Aldejohann, Gisela Geschkewitz, Franziskus-Pius Graf von Merveldt, Gregor Ridder, Barbara Stober, Harald Wölter (alle waren abgemeldet),

nichtöffentlicher Sitzungsteil Keiner.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Eingänge und Mitteilungen
 - 3.1. Eingänge
 - 3.2. Mitteilungen
4. Haushaltsplan 2013 sowie Ergebnis- und Finanzplanung bis 2016 sowie Anregungen/Sparvorschläge zum Haushalt 2013 und Bürgerhaushalt
5. Mittel aus der Gewinnausschüttung der Sparkasse Münsterland Ost
6. Verschiedenes

Frau Ganser eröffnete um 16:30 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung fest. Daraufhin ließ sie die anwesenden stimmberechtigten Mitglieder und die anwesenden Ratsmitglieder zählen; angesichts des Resultats von 15 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern, davon 10 Ratsmitgliedern stellte sie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Punkt 1 der Tagesordnung	Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder
---------------------------------	--

Mitglieder, die zu verpflichten gewesen wären, waren nicht anwesend.

Punkt 2 der Tagesordnung	Festsetzung der Tagesordnung
---------------------------------	-------------------------------------

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL beantragte Herr Reiners, die TOPe 4 und 5 von der Tagesordnung abzusetzen. Herr Dr. Kornblum hielt Gegenrede. Daraufhin ließ Frau Ganser über den Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung lehnte den Antrag bei 5 Fürstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.), 9 Gegenstimmen (CDU, SPD) und 1 Enthaltung (FDP) ab.

Damit wurde die Tagesordnung wie vorgesehen festgesetzt.

Die vier der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL angehörenden Mitglieder sowie das der Fraktion DIE LINKE. angehörende Mitglied verließen daraufhin die Sitzung (16:45 Uhr).

Daraufhin ließ Frau Ganzer die Beschlussfähigkeit des Ausschusses erneut prüfen. Die Auszählung hatte folgendes Ergebnis: 10 anwesende Mitglieder, davon 6 Ratsmitglieder. Mit Hinweis auf das Resultat stellte Frau Ganzer die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Punkt 3 der Tagesordnung	Eingänge und Mitteilungen
---------------------------------	----------------------------------

Punkt 3.1 der Tagesordnung	Eingänge
-----------------------------------	-----------------

Keine.

Punkt 3.2 der Tagesordnung	Mitteilungen
-----------------------------------	---------------------

Keine.

Punkt 4 der Tagesordnung	Haushaltsplan 2013 sowie Ergebnis- und Finanzplanung bis 2016 sowie Anregungen/Sparvorschläge zum Haushalt 2013 und Bürgerhaushalt
---------------------------------	---

Den Mitgliedern lagen folgende Unterlagen vor:

- Haushaltsplanentwurf 2013,
- Bürgerhaushalt 2012 - hier: Einbringung der bestplatzierten Bürgervorschläge (Anlage zur Beschlussvorlage an den Rat V/0589/2012, Anträge Nr. 98 und 367),
- Nachhaltige kommunale Haushaltspolitik - Handlungsprogramm 2012 bis 2017 (Teil 2); hier: vom Ausschuss zu beratende Maßnahmevorschläge aus Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012,
- Anträge freier Träger zum Haushalt 2013,
- Veränderungsblätter der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf 2013,
- Anträge von Fraktionen zum Etat 2013,
- (Verfahrens-)Hinweise zum TOP „Etatberatungen“,
- Hinweise zum Stichwort „Befangenheit“ sowie die
- Gesamtliste (Liste der Anträge, Vorschläge zum Bürgerhaushalt, Maßnahmevorschläge gem. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 und Veränderungsblätter, Stand: 28.11.2012).

Die Mitglieder verständigten sich auf folgende Absprachen:

- Die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt in Zuständigkeit des Ausschusses werden zuerst beraten, anschließend folgt die Beratung des Haushaltsplanentwurfs inkl. Maßnahmevorschläge gem. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012.
- Die Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne des Haushaltsplanentwurfs werden anhand der Gesamtliste jeweils nach Produktgruppen aufgerufen.
- Vorschläge zum Bürgerhaushalt zum Bürgerhaushalt muss der Ausschuss, sofern er sie aufgreifen möchte, aktiv beschließen; anderenfalls gelten sie als abgelehnt. Gegenstand der Abstimmung ist jeweils der Vorschlag selbst, nicht die Beschlussempfehlung der Verwaltung.

- Maßnahmevorschläge gem. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 sowie Anträge Dritter zum Haushalt 2013 gelten als abgelehnt, wenn sie der Ausschuss nicht aufgreift.
- Sofern Ausschussmitglieder nicht widersprechen bzw. keine Anträge stellen, gelten die Teilergebnispläne bzw. Teilfinanzpläne der jeweiligen Produktgruppe wie im Haushaltsplanentwurf 2013 ausgewiesen, aber unter Einschluss der Veränderungsblätter der Verwaltung als beschlossen.

4.1 Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt (Vorlage V/0589/2012)

- 4.1.1** Frau Ganser schlug vor, falls der Ausschuss Vorschlag Nr. 98 (60plusAbo für Rentner auch als Monatsabo anbieten!) aufgreifen wolle, eine entsprechende Empfehlung an den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften zu richten.

Daraufhin beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung mit 9 Fürstimmen (CDU, SPD) und 1 Gegenstimme (FDP):

Dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften wird empfohlen, dem Vorschlag Nr. 98 zu folgen.

- 4.1.2** Für die SPD-Fraktion beantragte Herr Dr. Kornblum, Vorschlag Nr. 367 (Auffällige Mietnebenkosten bei Gewährung von Sozialleistungen überprüfen) aufzugreifen. Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich dem Antrag einstimmig an und empfahl dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Dem Vorschlag Nr. 367 wird gefolgt.

4.2 Haushaltsplan 2013 sowie Ergebnis- und Finanzplanung bis 2016 und Maßnahmevorschläge gem. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012

Das vor Beginn der Sitzung verteilte, die Produktgruppe 0111 – Immobilienmanagement betreffende Veränderungsblatt wurde nicht weiter erörtert und damit beschlossen.

4.2.1 Produktgruppe 0116 - Migrations- und Integrationsmanagement (Bd. 1, S. 564-573)

Der Teilergebnisplan der Produktgruppe 0116 wurde wie vorgeschlagen beschlossen.

4.2.2 Produktgruppe 0211 - Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten (Bd. 1, S. 680-686)

Teilergebnisplan und Teilfinanzplan der Produktgruppe 0211 wurden wie vorgeschlagen beschlossen.

4.2.3 Produktgruppe 0501 - Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II (Bd. 2, S. 138-147)

Herr Uhlenbrock beantragte für die FDP-Fraktion, die Maßnahmevorschläge Nr. 236 und 237 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 aufzugreifen (Nr. 12 und 13 der Gesamtliste). – Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung lehnte den Antrag bei einer Fürstimme (FDP) und 9 Gegenstimmen (CDU, SPD) ab.

Teilergebnisplan und Teilfinanzplan der Produktgruppe 0501 wurden wie vorgeschlagen beschlossen.

4.2.4 Produktgruppe 0502 - Sicherung des Lebensunterhalts (ohne SGB II) (Bd. 2, S. 148-160)

Für die FDP-Fraktion beantragte Herr Uhlenbrock, die Maßnahmevorschläge Nr. 202 bis 208 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 aufzugreifen (Nr. 14 der Gesamtliste). – Bei einer Fürstimme (FDP) und 9 Gegenstimmen (CDU, SPD) lehnte der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung den Antrag ab.

Herr Uhlenbrock beantragte für die FDP-Fraktion ferner, den Maßnahmevorschlag Nr. 209 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 aufzugreifen (Nr. 15 der Gesamtliste). – Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung lehnte den Antrag bei einer Fürstimme (FDP) und 9 Gegenstimmen (CDU, SPD) ab.

Teilergebnisplan und Teilfinanzplan der Produktgruppe 0502 wurden wie vorgeschlagen beschlossen.

4.2.5 Produktgruppe 0503 - Sicherung besonderer sozialer Bedarfe (Bd. 2, S. 162-178)

Für die SPD-Fraktion beantragte Herr Dr. Kornblum, für die CDU-Fraktion Herr Wolfgarten (Nr. 16 der Gesamtliste):

a) S. 174 - Zeile 11 - Personalaufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2012	2013	2014	2015	2016
alt	4.172.790	4.955.070	4.476.650	4.544.380	4.613.130
neu	4.172.790	4.996.970	4.518.550	4.544.380	4.613.130
Differenz	0	41.900	41.900	0	0
Bemerkungen:					
Vorlage V/0405/2012: 0,75 Personalstelle (Fallmanagement Teilhabe im Alter) in 2013 f.; Empfehlung an den Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung					

b) S. 174 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2012	2013	2014	2015	2016
alt	30.862.370	30.862.370	30.820.190	30.820.190	30.820.190
neu	30.862.370	30.869.870	30.827.690	30.820.190	30.820.190
Differenz	0	7.500	7.500	0	0
Bemerkungen:					
Vorlage V/0405/2012: Neuausrichtung des Begegnungsstättenangebotes für alte und behinderte Menschen					

c) S. 174 - Zeile 16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2012	2013	2014	2015	2016
alt	1.598.295	1.722.360	1.722.390	1.722.420	1.722.450
neu	1.598.295	1.733.360	1.733.390	1.722.420	1.722.450
Differenz	0	11.000	11.000	0	0
Bemerkungen:					
Vorlage V/0405/2012: Qualifizierung und Fortbildung, Evaluation; Programmmittel für Stadtteilarbeitskreise "Älter werden in ..."					

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich dem Antrag mit 9 Fürstimmen (CDU, SPD) und 1 Gegenstimme (FDP) an und empfahl dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung:

Beschluss (a):

a) **S. 174 - Zeile 11 - Personalaufwendungen**

	Ansatz €		Planung (€)		
	2012	2013	2014	2015	2016
alt	4.172.790	4.955.070	4.476.650	4.544.380	4.613.130
neu	4.172.790	4.996.970	4.518.550	4.544.380	4.613.130
Differenz	0	41.900	41.900	0	0
Bemerkungen:					
Vorlage V/0405/2012: 0,75 Personalstelle (Fallmanagement Teilhabe im Alter) in 2013 f.					

Zugleich empfahl der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss (b und c):

b) **S. 174 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**

	Ansatz €		Planung (€)		
	2012	2013	2014	2015	2016
alt	30.862.370	30.862.370	30.820.190	30.820.190	30.820.190
neu	30.862.370	30.869.870	30.827.690	30.820.190	30.820.190
Differenz	0	7.500	7.500	0	0
Bemerkungen:					
Vorlage V/0405/2012: Neuausrichtung des Begegnungsstättenangebotes für alte und behinderte Menschen					

c) **S. 174 - Zeile 16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen**

	Ansatz €		Planung (€)		
	2012	2013	2014	2015	2016
alt	1.598.295	1.722.360	1.722.390	1.722.420	1.722.450
neu	1.598.295	1.733.360	1.733.390	1.722.420	1.722.450
Differenz	0	11.000	11.000	0	0
Bemerkungen:					
Vorlage V/0405/2012: Qualifizierung und Fortbildung, Evaluation; Programmmittel für Stadtteilarbeitskreise "Älter werden in ..."					

Herr Dr. Kornblum beantragte für die SPD-Fraktion ferner (Nr. 17 der Gesamtliste):

a) **S. 174 - Zeile 11 - Personalaufwendungen**

	Ansatz €		Planung (€)		
	2012	2013	2014	2015	2016
alt	4.172.790	4.955.070	4.476.650	4.544.380	4.613.130
neu	4.172.790	4.981.710	4.529.930	4.597.660	4.666.410
Differenz	0	26.640	53.280	53.280	53.280
Bemerkungen:					
Vorlage V/0560/2012 (Ergebnisse und Empfehlungen des Arbeitskreises Wohnungslosigkeit); 2 Personalstellen (jew. 0,5); Empfehlung an den Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung					

b) **S. 174 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**

	Ansatz €		Planung (€)		
	2012	2013	2014	2015	2016
alt	30.862.370	30.862.370	30.820.190	30.820.190	30.820.190
neu	30.862.370	30.879.370	30.854.190	30.854.190	30.854.190
Differenz	0	17.000	34.000	34.000	34.000
Bemerkungen:					
Vorlage V/0560/2012 (Ergebnisse und Empfehlungen des Arbeitskreises Wohnungslosigkeit)					

c) **S. 174 - Zeile 16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen**

	Ansatz €		Planung (€)		
	2012	2013	2014	2015	2016
alt	1.598.295	1.722.360	1.722.390	1.722.420	1.722.450
neu	1.598.295	1.746.110	1.769.890	1.769.920	1.769.950
Differenz	0	23.750	47.500	47.500	47.500
Bemerkungen:					
Vorlage V/0560/2012 (Ergebnisse und Empfehlungen des Arbeitskreises Wohnungslosigkeit)					

Für die CDU-Fraktion äußerte Herr Wolfgarten, die Entscheidung in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften zu schieben.

Daraufhin beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung einstimmig:

Die Entscheidung über den Antrag der SPD-Fraktion, die Umsetzung der Maßnahmen gem. Vorlage V/0560/2012 (Ergebnisse und Empfehlungen des Arbeitskreises Wohnungslosigkeit) betreffend, wird in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften geschoben.

Herr Uhlenbrock beantragte für die FDP-Fraktion, den Maßnahmevorschlag Nr. 201 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 aufzugreifen (Nr. 19 der Gesamtliste). – Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung lehnte den Antrag bei einer Fürstimme (FDP) und 9 Gegenstimmen (CDU, SPD) ab.

Für die FDP-Fraktion beantragte Herr Uhlenbrock ferner, den Maßnahmevorschlag Nr. 210 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 aufzugreifen (Nr. 20.1 der Gesamtliste).

Herr Dr. Kornblum beantragte für die SPD-Fraktion, dem Maßnahmevorschlag Nr. 210 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 wie folgt modifiziert zu folgen (Nr. 20.2 der Gesamtliste):

Reduzierung der Stellen des Amtes 50 im Infobüro Pflege um eine 0,5 Stelle, Verlagerung des Info-Büros in das Gebäude Hafenstraße 8; i. ü. wie 20.1					
Finanzielle Wirkung (Aufwandsreduzierung in €)					
2013	2014	2015	2016	2017	ab 2018
4.879	< 59.436	< 59.436	< 59.436	< 59.436	< 59.436
Bemerkungen:					
Empfehlung an den Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung sowie an den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften					

Herr Wolfgarten schloss sich dem Antrag namens der CDU-Fraktion an.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung lehnte den Antrag der FDP-Fraktion (Nr. 20.1 der Gesamtliste) bei einer Fürstimme (FDP) und 9 Gegenstimmen (CDU, SPD) ab.

Daraufhin beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung den Antrag von SPD und CDU (Nr. 20.2 der Gesamtliste) mit 9 Fürstimmen (CDU, SPD) und 1 Gegenstimme (FDP) und empfahl dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung sowie dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften

Beschluss:

Reduzierung der Stellen des Amtes 50 im Infobüro Pflege um eine 0,5 Stelle, Verlagerung des Info-Büros in das Gebäude Hafenstraße 8; i. ü. wie 20.1					
Finanzielle Wirkung (Aufwandsreduzierung in €)					
2013	2014	2015	2016	2017	ab 2018
4.879	< 59.436	< 59.436	< 59.436	< 59.436	< 59.436

Herr Uhlenbrock beantragte für die FDP-Fraktion, den Maßnahmevorschlag Nr. 211 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 aufzugreifen (Nr. 21.1 der Gesamtliste).

Für die CDU-Fraktion beantragte Herr Wolfgarten, dem Maßnahmevorschlag Nr. 211 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 wie folgt modifiziert zu folgen (Nr. 21.2 der Gesamtliste):

Reduzierung der Stellen des Amtes 50 im Infobüro Pflege / Wohnberatung; Stellenreduzierung nur um eine 0,25 Stelle. Verlagerung in das Gebäude Hafenstraße 8; i. ü. wie 21.1					
Finanzielle Wirkung (Aufwandsreduzierung in €)					
2013	2014	2015	2016	2017	ab 2018
0	< 10.326	< 10.326	< 10.326	< 10.326	< 10.326
Bemerkungen:					
Empfehlung an den Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung sowie an den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften					

Für die SPD-Fraktion schloss sich Herr Dr. Kornblum dem Antrag an.

Den Antrag der FDP-Fraktion (Nr. 21.1 der Gesamtliste) lehnte der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung bei einer Fürstimme (FDP) und 9 Gegenstimmen (CDU, SPD) ab.

Daraufhin beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung den Antrag von SPD und CDU(Nr. 21.2 der Gesamtliste) mit 9 Fürstimmen (CDU, SPD) und 1 Enthaltung (FDP) und empfahl dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung sowie dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften:

Beschluss:

Reduzierung der Stellen des Amtes 50 im Infobüro Pflege / Wohnberatung; Stellenreduzierung nur um eine 0,25 Stelle. Verlagerung in das Gebäude Hafenstraße 8; i. ü. wie 21.1					
Finanzielle Wirkung (Aufwandsreduzierung in €)					
2013	2014	2015	2016	2017	ab 2018
0	< 10.326	< 10.326	< 10.326	< 10.326	< 10.326

Für die FDP-Fraktion beantragte Herr Uhlenbrock, dem Maßnahmevorschlag Nr. 212 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 zu folgen (Nr. 22 der Gesamtliste). – Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung lehnte den Antrag bei einer Fürstimme (FDP) und 9 Gegenstimmen (CDU, SPD) ab.

Herr Dr. Kornblum beantragte für die SPD-Fraktion, den Maßnahmevorschlag Nr. 213 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 aufzugreifen (Nr. 23 der Gesamtliste). Herr Wolfgarten schloss sich dem Antrag namens der CDU-Fraktion an.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich dem Antrag (Nr. 23 der Gesamtliste) mit 9 Fürstimmen (CDU, SPD) und 1 Gegenstimme (FDP) an und empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss:

Keine weitere Teilnahme am Benchmarking (interkommunale Vergleiche)					
Finanzielle Wirkung (Aufwandsreduzierung in €)					
2013	2014	2015	2016	2017	ab 2018
3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000

Herr Uhlenbrock beantragte für die FDP-Fraktion, dem Maßnahmevorschlag Nr. 214 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 zu folgen (Nr. 24 der Gesamtliste).

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich dem Antrag (Nr. 24 der Gesamtliste) einstimmig an und empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss:

Wegfall des Berichts über schwerbehinderte Menschen im Beruf					
Finanzielle Wirkung (Aufwandsreduzierung in €)					
2013	2014	2015	2016	2017	ab 2018
1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500

Für die FDP-Fraktion beantragte Herr Uhlenbrock ferner, den Maßnahmevorschlag Nr. 215 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 wie folgt modifiziert aufzugreifen (Nr. 25.2 der Gesamtliste):

Kürzung des Zuschusses für die soziale Schuldnerberatung um 10 % des ursprünglichen Zuschussbetrags (13.360 €)					
Finanzielle Wirkung (Aufwandsreduzierung in €)					
2013	2014	2015	2016	2017	ab 2018
16.640	16.640	16.640	16.640	16.640	16.640

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung lehnte den Antrag bei einer Fürstimme (FDP) und 9 Gegenstimmen (CDU, SPD) ab.

Herr Uhlenbrock beantragte für die FDP-Fraktion, den Maßnahmevorschlag Nr. 216 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 aufzugreifen (Nr. 26 der Gesamtliste). – Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung lehnte den Antrag bei einer Fürstimme (FDP) und 9 Gegenstimmen (CDU, SPD) ab.

Für die FDP-Fraktion beantragte Herr Uhlenbrock des Weiteren, dem Maßnahmevorschlag Nr. 217 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 zu folgen (Nr. 27 der Gesamtliste). – Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung lehnte den Antrag bei einer Fürstimme (FDP) und 9 Gegenstimmen (CDU, SPD) ab.

Mit Blick auf den Maßnahmevorschlag Nr. 219 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 (Nr. 29.1, 29.2 der Gesamtliste) schlug Frau Ganzer eine kurze Sitzungsunterbrechung vor. Gegen den Vorschlag gab es keine Einwände. Daraufhin unterbrach Frau Ganzer die Sitzung um 17 Uhr.

Nach Wiedereintritt in die Beratung um 17:02 Uhr beantragte Herr Dr. Kornblum, die Entscheidung über den Maßnahmevorschlag Nr. 219 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 (Nr. 29.1, 29.2 der Gesamtliste) in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften zu schieben.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung folgte dem Antrag einstimmig und beschloss:

Die Entscheidung über den Maßnahmevorschlag Nr. 219 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 (Nr. 29.1, 29.2 der Gesamtliste) wird in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften geschoben.

Herr Uhlenbrock beantragte für die FDP-Fraktion, den Maßnahmevorschlag Nr. 220 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 aufzugreifen (Nr. 30.1 der Gesamtliste).

Für die SPD-Fraktion beantragte Herr Dr. Kornblum, die Verwaltung solle vor einer Umsetzung des Vorschlags prüfen, ob und inwieweit dieses Angebot vom Jobcenter übernommen bzw. geleistet werden kann. (Nr. 30.2 der Gesamtliste); Herr Wolfgarten unterstützte den Antrag namens der CDU-Fraktion.

Vor Eintritt in die Erörterung des folgenden Maßnahmevorschlags erklärte sich Frau Ganzer für befangen i. S. d. § 31 GO NRW und nahm an der Beratung und Beschlussfassung über den Vorschlag nicht teil.

Den Antrag der FDP-Fraktion (Nr. 30.1 der Gesamtliste) lehnte der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung bei einer Fürstimme (FDP) und 8 Gegenstimmen (CDU, SPD) ab.

Daraufhin schloss sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung dem Antrag der Fraktionen von SPD und CDU (Nr. 30.2 der Gesamtliste) einstimmig, bei einer Enthaltung (FDP), an und empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Vor einer Umsetzung des Vorschlags wird geprüft, ob und inwieweit dieses Angebot vom Jobcenter übernommen bzw. geleistet werden kann.

Für die FDP-Fraktion beantragte Herr Uhlenbrock, dem Maßnahmevorschlag Nr. 221 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 zu folgen (Nr. 31.1 der Gesamtliste).

Herr Dr. Kornblum für die SPD-, Herr Wolfgarten für die CDU-Fraktion beantragten, vor einer Umsetzung des Vorschlags zu prüfen, ob und inwieweit dieses Angebot von Dritten, z. B. dem LWL, übernommen bzw. geleistet werden kann (Nr. 31.2 der Gesamtliste).

Den Antrag der FDP-Fraktion (Nr. 31.1 der Gesamtliste) lehnte der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung bei einer Fürstimme (FDP) und 9 Gegenstimmen (CDU, SPD) ab.

Den Antrag der Fraktionen von SPD und CDU (Nr. 31.2 der Gesamtliste) beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung daraufhin einstimmig, bei einer Enthaltung (FDP) und empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Vor einer Umsetzung des Vorschlags wird geprüft, ob und inwieweit dieses Angebot von Dritten, z. B. dem LWL, übernommen bzw. geleistet werden kann.

Nach kurzer Erörterung des Maßnahmevorschlags Nr. 222 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 (Nr. 32.1 bis 32.3 der Gesamtliste) beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung einstimmig:

Die Entscheidung über den Maßnahmevorschlag Nr. 222 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 (Nr. 32.1 bis 32.3 der Gesamtliste) wird in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften geschoben.

Vor Eintritt in die Erörterung des folgenden Antrags erklärte sich Herr Kollmann für befangen i. S. d. § 31 GO NRW und nahm an der Beratung und Beschlussfassung über den Antrag nicht teil.

Für die SPD-Fraktion beantragte Herr Dr. Kornblum, die Beratung des Antrags des Begegnungszentrums Sprickmannstraße (Nr. 33 der Gesamtliste; Anhebung des Trägerzuschusses um 15.000 € ab 2013) in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften zu schieben.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung folgte dem Antrag einstimmig und beschloss:

Die Entscheidung über den Antrag des Begegnungszentrums Sprickmannstraße (Nr. 33 der Gesamtliste) wird in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften geschoben.

Herr Uhlenbrock beantragte für die FDP-Fraktion, den Maßnahmevorschlag Nr. 223 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 aufzugreifen (Nr. 34 der Gesamtliste). – Der Aus-

schuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung lehnte den Antrag bei einer Fürstimme (FDP) und 9 Gegenstimmen (CDU, SPD) ab.

Frau Ganzer verwies auf folgenden Antrag (Nr. 35 der Gesamtliste):

S. 174 - Zeile 15 - Transferaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2012	2013	2014	2015	2016
alt	30.862.370	30.862.370	30.820.190	30.820.190	30.820.190
neu	30.862.370	30.865.670	30.823.490	30.820.190	30.820.190
Differenz	0	3.300	3.300	0	0
Bemerkungen:					
Zuschuss von 3.300 € zur Finanzierung der Mietnebenkosten für die Wohnung Bonnenkamp 73, OG links in den Jahren 2013 und 2014. Anregung Nr. 95/2012.					

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung folgte dem Antrag einstimmig, bei einer Enthaltung (FDP), und empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss:

S. 174 - Zeile 15 - Transferaufwendungen					
	Ansatz €		Planung (€)		
	2012	2013	2014	2015	2016
alt	30.862.370	30.862.370	30.820.190	30.820.190	30.820.190
neu	30.862.370	30.865.670	30.823.490	30.820.190	30.820.190
Differenz	0	3.300	3.300	0	0
Bemerkungen:					
Zuschuss von 3.300 € zur Finanzierung der Mietnebenkosten für die Wohnung Bonnenkamp 73, OG links in den Jahren 2013 und 2014.					

Im Übrigen wurden Teilergebnisplan und Teilfinanzplan der Produktgruppe 0503 wie vorgeschlagen beschlossen.

4.2.6 Produktgruppe 0504 – Wohngeld (Bd. 2, S. 180-184)

Der Teilergebnisplan der Produktgruppe 0504 wurde wie vorgeschlagen beschlossen.

4.2.7 Produktgruppe 0701 – Gesundheitsdienste (Bd. 2, S. 270-282)

Herr Uhlenbrock beantragte für die FDP-Fraktion, den Maßnahmevorschlag Nr. 224 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 aufzugreifen (Nr. 39 der Gesamtliste).

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung folgte dem Antrag einstimmig und empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss:

Beendigung der Geschäftsführung für das Gesunde-Städte Netzwerk (GSN) zum 31.12.2015					
Finanzielle Wirkung (Aufwandsreduzierung in €)					
2013	2014	2015	2016	2017	ab 2018
0	0	0	43.255	43.255	43.255

Für die CDU-Fraktion beantragte Herr Wolfgarten, dem Maßnahmevorschlag Nr. 225 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 zu folgen (Nr. 40 der Gesamtliste).

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich dem Antrag einstimmig an und empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss:

Streichung des Stellenanteils und des Sachkostenzuschusses für das Gesundheitshaus im Etat des Gesundheitsamtes					
Finanzielle Wirkung (Aufwandsreduzierung in €)					
2013	2014	2015	2016	2017	ab 2018
0	24.176	23.206	22.226	22.226	22.226

Herr Uhlenbrock beantragte für die FDP-Fraktion, den Maßnahmevorschlag Nr. 226 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 wie folgt modifiziert aufzugreifen (Nr. 41.2 der Gesamtliste):

Kürzung des Zuschusses an den Verein für Mototherapie und psychomotorische Entwicklungsförderung e.V. in 2013, Einstellung ab 2014					
Finanzielle Wirkung (Aufwandsreduzierung in €)					
2013	2014	2015	2016	2017	ab 2018
22.610	45.210	45.210	45.210	45.210	45.210

Die Mitglieder erörterten den Maßnahmevorschlag und seine möglichen Varianten (Nr. 41.1 bis 41.3) ausführlich. Herr Stadtrat Paal beantwortete Nachfragen der Mitglieder. Frau Ganser bat die Verwaltung um schriftliche Informationen zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, insbesondere mit Blick auf die Möglichkeit vs. Restriktionen einer Zuschusseinstellung ab 2013, und schlug vor, die Entscheidung über den Vorschlag in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften zu schieben.

Den Antrag der FDP-Fraktion lehnte der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung bei einer Fürstimme (FDP) und 9 Gegenstimmen (CDU, SPD) ab.

Daraufhin beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung einstimmig:

Die Entscheidung über den Maßnahmevorschlag Nr. 226 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 (Nr. 41.1 bis 41.3 der Gesamtliste) wird in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften geschoben.

Für die FDP-Fraktion beantragte Herr Uhlenbrock, den Maßnahmevorschlag Nr. 227 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 aufzugreifen (Nr. 42 der Gesamtliste). – Nach kurzer Erörterung lehnte der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung den Antrag bei einer Fürstimme (FDP) und 9 Gegenstimmen (CDU, SPD) ab.

Frau Ganser verwies auf den Maßnahmevorschlag Nr. 228 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 aufzugreifen (Nr. 43 der Gesamtliste). Frau Lammert empfahl, die Verwaltung um Stellungnahme zu den Hinweisen des Trägers zu bitten und die Entscheidung über den Vorschlag in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften zu schieben.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beschloss daraufhin einstimmig:

Die Entscheidung über den Maßnahmevorschlag Nr. 228 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 (Nr. 43 der Gesamtliste) wird in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften geschoben. Die Verwaltung nimmt zuvor zu den Hinweisen des Trägers Stellung.

Herr Uhlenbrock beantragte für die FDP-Fraktion, dem Maßnahmevorschlag Nr. 229 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 zu folgen (Nr. 44.1 der Gesamtliste).

Für die SPD-Fraktion beantragte Herr Dr. Kornblum, für die CDU-Fraktion Herr Wolfgarten, den Maßnahmevorschlag Nr. 229 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 wie folgt modifiziert aufzugreifen (Nr. 44.2 der Gesamtliste):

Kürzung des Zuschusses an die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft, Ortsvereinigung für Münster und Umgebung e.V.,					
Finanzielle Wirkung (Aufwandsreduzierung in €)					
2013	2014	2015	2016	2017	ab 2018
0	8.785	9.815	9.815	9.630	9.630
Bemerkungen:					
Reduzierung des Zuschusses in 2017 und 2018 auf jeweils 10.000 €/Jahr					

Den Antrag der FDP-Fraktion (Nr. 44.1 der Gesamtliste) lehnte der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung bei einer Fürstimme (FDP) und 9 Gegenstimmen (CDU, SPD) ab.

Daraufhin schloss sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung dem Antrag der Fraktionen von SPD und CDU (Nr. 44.2 der Gesamtliste) einstimmig, bei 2 Enthaltungen (SPD, FDP) an und empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss:

Kürzung des Zuschusses an die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft, Ortsvereinigung für Münster und Umgebung e.V.,					
Finanzielle Wirkung (Aufwandsreduzierung in €)					
2013	2014	2015	2016	2017	ab 2018
0	8.785	9.815	9.815	9.630	9.630

Für die FDP-Fraktion erklärte Herr Uhlenbrock, sich dem Prüfauftrag im Zusammenhang mit dem Maßnahmevorschlag Nr. 230 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 anzuschließen (Nr. 45.2 der Gesamtliste). Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat daraufhin einstimmig:

Vor einer Umsetzung des Vorschlags wird geprüft, ob und inwieweit dieses Angebot von den Krankenkassen übernommen bzw. geleistet werden kann.

Herr Uhlenbrock beantragte für die FDP-Fraktion, den Maßnahmevorschlag Nr. 231 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 aufzugreifen (Nr. 46.1 der Gesamtliste).

Für die SPD-Fraktion beantragte Herr Dr. Kornblum, den Maßnahmevorschlag Nr. 231 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 wie folgt modifiziert und vom Fachklinik Hornheide e. V. beantragt aufzugreifen (Nr. 46.3 der Gesamtliste):

Reduzierter Mitgliedsbeitrag "Fachklinik Hornheide e.V."					
Finanzielle Wirkung (Aufwandsreduzierung in €)					
2013	2014	2015	2016	2017	ab 2018
610	610	610	610	610	610
Bemerkungen:					
Fortsetzung der Mitgliedschaft bei reduziertem Mitgliedsbeitrag (4.500 € pro Jahr ab 2013).					

Den Antrag der FDP-Fraktion (Nr. 46.1 der Gesamtliste) lehnte der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung bei einer Fürstimme (FDP) und 9 Gegenstimmen (CDU, SPD) ab.

Dem Antrag der SPD-Fraktion (Nr. 46.3 der Gesamtliste) schloss sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung daraufhin mit 9 Fürstimmen (CDU, SPD) und einer Gegenstimme (FDP) an und empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss:

Reduzierter Mitgliedsbeitrag "Fachklinik Hornheide e.V."					
Finanzielle Wirkung (Aufwandsreduzierung in €)					
2013	2014	2015	2016	2017	ab 2018
610	610	610	610	610	610

Frau Ganser verwies auf den Maßnahmevorschlag Nr. 232 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 (Nr. 47 der Gesamtliste). Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beschloss den Vorschlag einstimmig und empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss:

Wegfall der orthopädischen Sprechstunde an der Regenbogenschule					
Finanzielle Wirkung (Aufwandsreduzierung in €)					
2013	2014	2015	2016	2017	ab 2018
0	1.870	1.870	1.870	1.870	1.870

Für die FDP-Fraktion beantragte Herr Uhlenbrock, dem Maßnahmevorschlag Nr. 233 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 zu folgen (Nr. 48 der Gesamtliste). Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich dem Antrag einstimmig an und empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Beschluss:

Wegfall des Zuschusses an den Förderkreis für Sozialpsychiatrie e.V. Münster in drei Stufen					
Finanzielle Wirkung (Aufwandsreduzierung in €)					
2013	2014	2015	2016	2017	ab 2018
0	1.500	1.760	1.760	3.520	3.520

Im Übrigen wurden Teilergebnisplan und Teilfinanzplan der Produktgruppe 0701 wie vorgeschlagen beschlossen.

4.2.8 Produktgruppe 1003 – Wohnen (Bd. 2, S. 360-368)

Herr Dr. Kornblum beantragte für die SPD-Fraktion, die Entscheidung über den Maßnahmevorschlag Nr. 238 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 (Nr. 53 der Gesamtliste) in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften zu schieben. Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung folgte dem Antrag einstimmig und beschloss:

Die Entscheidung über den Maßnahmevorschlag Nr. 238 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 (Nr. 53 der Gesamtliste) wird in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften geschoben.

Für die CDU-Fraktion beantragte Herr Wolfgarten, die Entscheidung über den Maßnahmevorschlag Nr. 239 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 (Nr. 54 der Gesamtliste) in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften zu schieben. Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung schloss sich dem Antrag einstimmig an und beschloss:

Die Entscheidung über den Maßnahmevorschlag Nr. 239 lt. Anlage 1a zur Vorlage V/0702/2012 (Nr. 54 der Gesamtliste) wird in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften geschoben.

Im Übrigen wurde der Teilergebnisplan der Produktgruppe 0701 wie vorgeschlagen beschlossen.

Frau Ganzer dankte den Mitgliedern für die sachliche und konstruktive Beratung des Tagesordnungspunktes.

Punkt 5 der Tagesordnung

Mittel aus der Gewinnausschüttung der Sparkasse Münsterland Ost

Frau Ganzer rief die vom Ausschuss zu beratenden Anträge in der Reihenfolge der den Mitgliedern vorliegenden Übersicht vom 28.11.2012 auf. Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung empfahl dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

Antrag Nr. 412: Der Verein **Selbständigkeitshilfe bei Teilleistungsschwächen/AD(H)S (SeHT) Münster e.V.** erhält zur Finanzierung des Projekts ‚Glücksritter - ein inklusives Theaterprojekt unter professionellen Rahmenbedingungen‘ einen Zuschuss von **5.000 €** (9 Fürstimmen [CDU, SPD], 1 Gegenstimme [FDP]).

Vor Eintritt in die Erörterung des Antrags Nr. 419 erklärte sich Frau Ganzer für befangen i. S. d. § 31 GO NRW und nahm an der Beratung und Beschlussfassung über den Antrag nicht teil.

Antrag Nr. 419: Die **Diakonie Münster - Beratungs- und BildungsCentrum gGmbH** erhält zur Finanzierung des Projekts ‚Rechtzeitig Vorsorgen -Schritte gegen Altersarmut‘ einen Zuschuss von **17.000 €** (8 Fürstimmen [CDU, SPD], 1 Gegenstimme [FDP]).

Antrag Nr. 420: Die **Klinik für Geburtshilfe am St. Franziskus Hospital Münster GmbH** erhält zur Finanzierung des Projekts ‚Vorgeburtliche Bindungsförderung/Bindungsanalyse für risikoschwangere Patientinnen‘ einen Zuschuss von **15.000 €** (9 Fürstimmen [CDU, SPD], 1 Gegenstimme [FDP]).

Antrag Nr. 422: Mit Blick auf Nachfragen einzelner Mitglieder schlug Frau Ganser eine kurze Sitzungsunterbrechung vor. Gegen den Vorschlag gab es keine Einwände. Daraufhin unterbrach Frau Ganser die Sitzung um 17:48 Uhr. – Nach Wiedereintritt in die Beratung um 17:51 Uhr beantragte Herr Dr. Kornblum, die Entscheidung über den Antrag in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften zu schieben. Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung folgte dem Antrag einstimmig und beschloss:

Die Entscheidung über den Antrag Nr. 422 (**Bezirksverwaltung Münster-Nord**; Projekt ‚Aktiv für Arbeit im Stadtteil ...‘) wird in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften geschoben.

Antrag Nr. 427: Der **Deutsche Paritätischer Wohlfahrtsverband - Landesverband NRW - Kreisgruppe Münster** erhält zur Finanzierung des Einbaus automatischer Türöffner, einer Sprachansage im Fahrstuhl sowie einer Induktionsschleife im Konferenzraum des Paritätischen Zentrums einen Zuschuss von **15.000 €** (9 Fürstimmen [CDU, SPD], 1 Gegenstimme [FDP]).

Antrag Nr. 430: Die **Katholische Kirchengemeinde St. Josef Kinderhaus** erhält zur Finanzierung des ‚Sozialen Kaufhauses Obolus‘ einen Zuschuss von **24.000 €** (9 Fürstimmen [CDU, SPD], 1 Gegenstimme [FDP]).

Antrag Nr. 441: Der **Sozialverband VdK NRW e.V.** erhält für die barrierefreie Herrichtung des Zugangs zur Geschäftsstelle des VdK einen Zuschuss von **2.000 €** (9 Fürstimmen [CDU, SPD], 1 Gegenstimme [FDP]).

Antrag Nr. 447: Für das **Genossenschaftliche Wohnen in Münster Kinderhaus** wird ein Zuschuss von **500 €** zur Verfügung gestellt (9 Fürstimmen [CDU, SPD], 1 Gegenstimme [FDP]).

Antrag Nr. 458: Die **Verbraucherzentrale NRW** erhält zur Finanzierung des Projekts ‚Finanzkompetenz von Seniorinnen und Senioren – ein präventiver Ansatz gegen Altersüberschuldung in Münster‘ einen Zuschuss von **24.000 €** (9 Fürstimmen [CDU, SPD], 1 Gegenstimme [FDP]).

Antrag Nr. 459: Der **Frauen und Mädchen Selbstverteidigung und Sport Münster e.V.** erhält zur Finanzierung des Projekts ‚Mädchenprojekt SELMA - Expertin für sich selbst. Mädchen fördern durch eigene Wertschätzung‘ einen Zuschuss von **34.776 €** (9 Fürstimmen [CDU, SPD], 1 Gegenstimme [FDP]).

Vor Eintritt in die Erörterung des Antrags Nr. 461 erklärte sich Herr Halberstadt für befangen i. S. d. § 31 GO NRW und nahm an der Beratung und Beschlussfassung über den Antrag nicht teil.

Antrag Nr. 461: Der **KCM e. V.** erhält zur Finanzierung von Ersatz verschlissenen Materials und PA-Anlage einen Zuschuss von **2.000 €** (8 Fürstimmen [CDU, SPD], 1 Gegenstimme [FDP]).

Antrag Nr. 471: Der **Arbeitskreis Erzähl- und Begegnungs-Café Münster - Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V.** erhält für die Durchführung von Erzähl- und

Begegnungscafés für NS-Verfolgte in Münster einen Zuschuss von **750 €** (9 Fürstimmen [CDU, SPD], 1 Gegenstimme [FDP]).

Antrag Nr. 519: Die **Parisozial Münsterland -Beratungsstelle für hörbehinderte Menschen gGmbH** erhält für die Förderung von gehörlosen Eltern und hörenden Kindern einen Zuschuss von **7.500 €** (9 Fürstimmen [CDU, SPD], 1 Gegenstimme [FDP]).

Antrag Nr. 523: Das **Sozialpädiatrisches Zentrum Münster (SPZ), Universitätskinderklinik Münster** erhält für das Projekt ‚Intensivkinder on Tour‘ einen Zuschuss von **5.000 €** (9 Fürstimmen [CDU, SPD], 1 Gegenstimme [FDP]).

Vor Eintritt in die Erörterung des Antrags Nr. 556 erklärte sich Herr Halberstadt für befangen i. S. d. § 31 GO NRW und nahm an der Beratung und Beschlussfassung über den Antrag nicht teil.

Antrag Nr. 556: Die **Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA) e. V.** erhält zur Finanzierung des Projekts ‚Integration in Teilnahme und Teilhabe‘ einen Zuschuss von **52.000 €** (8 Fürstimmen [CDU, SPD], 1 Gegenstimme [FDP]).

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Frau Ganser dankte den Mitgliedern für die ebenso faire wie konzentrierte Beratung, der Verwaltung für die Vorbereitung. Mit Blick auf die anstehende Wahl der Kommunalen Seniorenvertretung dankte sie namens des Ausschusses den beiden Mitgliedern der Kommunalen Seniorenvertretung, Frau Dr. Peus-Bispinck und Herrn Schofer, für ihre gleichermaßen fundierten wie engagierten Beiträge im Ausschuss.

Allen Mitgliedern wünschte Frau Ganser eine schöne Adventszeit.

gez.
Beanka Ganser
Vorsitz

gez.
Frank Treutler
Schriftführung